

Stadt Bad Rappenau
Niederschrift
über die öffentliche
Sitzung des Gemeinderates

am Donnerstag, den 25.06.2026 - Beginn 18:01 Uhr, Ende 20:15 Uhr
in Bad Rappenau, Rathaus, Kirchplatz 4, Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitzender

Sebastian Frei

Mitglieder

Uwe Basler

Carmen Exner

Marko Feeser

Ulrich Feldmeyer

entschuldigt

Markus Gabel

Elke Haas

Andreas Hagner

anwesend ab 18.23 Uhr, TOP 2 ö

Jan Hemmer

Sonja Hoher

entschuldigt

Nadine Hofmann

Sven Hofmann

Axel Jänichen

Michael Jung

entschuldigt

Ralf Kochendörfer

Chantal-Nicola Kühne

Jan Kulka

Bertram Last

Edgar Lilli

Carina Menakker

anwesend ab 18.02 Uhr

Robin Müller

Gordan Pendelic

entschuldigt

Manfred Rein

Timo Reinhardt

entschuldigt

Holger Ries

Jutta Ries-Müller

Klaus Ries-Müller

Markus Ringler

Harald Scholz

Lydia Schwab

anwesend bis 20.15 Uhr, ö-Teil

Klaus Senghaas

Kerstin Stenchly

entschuldigt

Anika Störner

Gundi Störner

Martina Trunzer

Birgit Wacker
Ralf Winter
Rüdiger Winter

Presse

Eva Goldfuß-Siedl
Armin Guzy
Anna-Linda Hahn

Schriftführer

Olivia Braun

Verwaltung

Torsten Behringer
Erich Haffelder
Clemens Hummel
Andreas Lämmle
Luzie Pfeil
Birgit Stadler

Gäste

Marcel Mayer

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom 17.06.2026 ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. das Gremium beschlussfähig ist, weil mindestens 29 Mitglieder (+OB) anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und Folgendes beschlossen:

Als Protokollpersonen werden die Stadträte Birgit Wacker und Marko Feeser benannt.

Sitzung des Gemeinderates

- öffentlich -

Folgende

Tagesordnung:

wurde abgehandelt:

1. Mitteilungen und Verschiedenes
- 1.1. Annahme von Spenden
- 1.2. Haushaltssatzung der Stadt Bad Rappenau für das Haushalts- 058/2026
jahr 2026 sowie Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Stadtent-
wässerung Bad Rappenau“ für das Wirtschaftsjahr 2026
hier: Bestätigung der Gesetzmäßigkeit
- 1.3. Beschriftung des Radwegs am Neckar
- 1.4. Sachstandsanfrage: Parkplatz Raiffeisenstraße beim geplan-
ten Ärztehaus
- 1.5. Rückblick auf das Stadtfest 2026
- 1.6. Bauarbeiten in der Dorfstraße in Treschklingen
- 1.7. Landmarkt in Treschklingen
- 1.8. Sitzbänke zwischen Parkplatz und Salinenstraße
- 1.9. Hitzeschutzkonzept Bad Rappenau
2. Anfragen der Bürger
- 2.1. Ersatzbushaltestelle in der Eisenbahnstraße in Grombach
3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlichen Sitzun-
gen des Gemeinderates und der beschließenden Ausschüsse
4. Sachstandsbericht Polizeiliche Kriminalstatistik und Vorstel-
lung des neuen Revierleiters Eppingen
5. Sachstandsbericht zur Digitalisierung der Stadt Bad Rap-
penau
6. Kindergartenangelegenheiten 055/2026
hier: Benutzungsgebühren für die städtischen Kindertagesein-
richtungen für das Kindergarten- und Schuljahr 2026/2027 und
2027/2028

- | | | |
|-----|--|----------|
| 7. | Kindergarten Babstadt - Anbau eines Personalraums
hier: Maßnahmenbeschluss | 051/2026 |
| 8. | Umrüstung der städtischen Gebäude in Grombach auf Fernwärme inkl. Abschluss der Fernwärmelieferverträge verbunden mit dem Rückbau der vorhandenen Ölheizungen
hier: Maßnahmenbeschluss | 052/2026 |
| 9. | Prüfung der Bauausgaben der Stadt Bad Rappenau in den Jahren 2019 – 2023 durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg
hier: Unterrichtung des Gemeinderates nach § 114 Abs. 4 Satz 2 der Gemeindeordnung | 049/2026 |
| 10. | Bebauungsplan für „AGRI-PV im Stützen“ in Bad Rappenau Bonfeld
1. Zustimmung zur Abwägung der Stellungnahmen aus dem Offenlegungsverfahren und
2. Zustimmung zum Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landratsamt Heilbronn
3. Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag
4. Satzungsbeschluss | 053/2026 |
| 11. | FNP 2013/2014 - 6. Änderung „im Stützen“ in Bonfeld
1. Abwägung der Stellungnahmen aus der Offenlage
2. Zustimmung zum Feststellungsbeschluss der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes 2013/2014 | 054/2026 |

1.) Mitteilungen und Verschiedenes

Verteiler:
20.1.1 E

1.1.) Annahme von Spenden

Rechnungsamtsleiterin Schulz verweist auf § 78 Abs. 4 GemO bezüglich der Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen. Seit der letzten Gemeinderatssitzung sind der Stadt Bad Rappenau Spenden zugegangen, sie bittet den Gemeinderat darum, die Zustimmung zur Annahme der genannten Spenden zu erteilen. Eine detaillierte Spendenliste ist den Beilagen zu diesem Protokoll beigelegt und insofern Bestandteil der Niederschrift.

Ohne weitere Aussprache, ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme folgender Spende zu:

Spender	Betrag	Eingangsdatum	Verwendungszweck
---------	--------	---------------	------------------

Firma	Sachspende 37,38 €	05.06.2026	Spickschutz Grundschule Fürfeld
-------	-----------------------	------------	---------------------------------

Einstimmig beschlossen.

Verteiler:
20.1.1 E
14.1. K

**1.2.) Haushaltssatzung der Stadt Bad Rappenau für das Haushaltsjahr 2026 sowie Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ für das Wirtschaftsjahr 2026
hier: Bestätigung der Gesetzmäßigkeit**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 058/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

Kenntnisnahme.

Verteiler:
50.1.1 K

1.3.) Beschriftung des Radwegs am Neckar

Stadträtin Gundi Störner weist darauf hin, dass die Pflasterarbeiten beim Radweg am Neckar durchgeführt wurden, jedoch noch die Beschriftung fehlen würde.

Tiefbauamtsleiter Haffelder teilt mit, dass dies bekannt sei und die Beschriftung bereits in Bearbeitung ist.

Verteiler:
-/-

1.4.) Sachstandsanfrage: Parkplatz Raiffeisenstraße beim geplanten Ärztehaus

Stadtrat Klaus Ries-Müller gibt für die ÖDP-Fraktion folgende Anfrage ab:

„In der Raiffeisenstraße steht schon länger als 2 Jahre ein Bauzaun um ein geplantes Ärztehaus. Fertigstellung 2026 steht auf dem Schild, was wohl sicher nicht mehr klappt. Vor einem halben Jahr hatten wir diskutiert, ob der Bauzaun um den ehemaligen städtischen Parkplatz wieder entfernt werden kann, denn Parkplätze in Bahnhofsnähe sind begehrt.“

Der Vorsitzende teilt mit, dass es Gespräche mit dem neuen Investor gibt, bzgl. dem Zeitplan von diesem. In ein paar Wochen soll der Zeitplan feststehen und der Eigentümerwechsel von statten gegangen sein, dann wird man mit dem Investor über die Nutzung des Parkplatzes sprechen.

Verteiler:
10.1.2 K

1.5.) Rückblick auf das Stadtfest 2026

Stadtrat Klaus Ries-Müller gibt für die ÖDP-Fraktion folgenden Rückblick zum Stadtfest:

„Viele gehen zum Stadtfest, um Leute zu treffen und sich auszutauschen. Die wenigen, die trotz der Hitze kamen, wurden dann teilweise einer Beschallung ausgesetzt, die keine Unterhaltung mehr zu lies.

Wir hatten einen Flohmarkt beim Weltladen, also mit etwas Abstand zur Volksbank Bühne. Als Sonntag mittags eine Kindergruppe auftrat hatten wir dort per App 93 Dezibel gemessen: Ab 85 Dezibel gilt für Arbeitnehmer eine Gehörschutzpflicht. 93 Dezibel entspricht grob einer Verdopplung zu 85 Dezibel.

Als später um 19 Uhr eine Rockgruppe auftrat, war eine Unterhaltung in der Eisdielen schwer möglich, trotz der Entfernung.

So ein Schallpegel vertreibt nicht nur ältere Besucher.

Wir bitten die Verwaltung bei der Vergabe der Bühne und der Soundanlage hier vertraglich einen Schallpegel vorzuschreiben, der nicht zu Gehörschäden führt.

Sonnenschutz vor Bühne am Marktplatz

Wenn wir gerade beim Stadtfest sind, wie 2025 war auch dieses Mal tagsüber der Marktplatz vor der Bühne wie leergefegt. Bei 36 Grad im Schatten stellt sich niemand in die pralle Sonne.

Wir bitten, die Verwaltung zu prüfen, ob vor der Bühne nicht ein Sonnensegel oder ein winddurchlässiges Tarnnetz angebracht wird. Geschickt wäre, wenn gleich eine passende Bühne mit Sonnenschutz gemietet wird.“

Verteiler:
30.1.1 K

1.6.) Bauarbeiten in der Dorfstraße in Treschklingen

Stadtrat Edgar Lilli erkundigt sich danach wann die Arbeiten an der Dorfstraße beginnen und wann die Anwohner informiert werden hierüber.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass auf Straßensperrungen immer im Mitteilungsblatt und auf unserer Homepage hingewiesen wird, sobald ein Termin für die Bauarbeiten feststeht.

Verteiler:
-/-

1.7.) Landmarkt in Treschklingen

Stadtrat Edgar Lilli erkundigt sich danach, ob der Stadtverwaltung etwas bekannt sei, wann und wohin der neue Landmarkt in Treschklingen kommen soll.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er bisher nur Gerüchte gehört habe und wenige Social Media Ankündigen gesehen habe. Er kann hierzu nur mitteilen, dass der Laden nicht in ein städtisches Gebäude kommt.

Verteiler:
50.1.1 E

1.8.) Sitzbänke zwischen Parkplatz und Salinenstraße

Stadträtin Elke Haas bittet darum, dass die Bänke auf dem Grünstreifen zwischen Parkplatz und Salinenstraße wieder aufgestellt werden, da der Weg bis zur nächsten Sitzbank für ältere Personen sehr lang sei.

Der Vorsitzende sichert eine Überprüfung zu.

Verteiler:
Klimaschutz K

1.9.) Hitzeschutzkonzept Bad Rappenau

Stadträtin Martina Trunzer erkundigt sich danach, wie weit ein Hitzeschutzkonzept für das Stadtgebiet und die städtischen Einrichtungen ist.

Der Vorsitzende teilt mit, dass aktuell noch daran gearbeitet wird. Es sollen vor allem Punkte wie Kälteräume, weniger Versiegelung und mehr Grünflächen, vulnerable Gruppen usw. erhalten. Sobald das Konzept fertig ist, wird es wie beim Klimaschutzkonzept ins Gremium eingebracht.

2.) Anfragen der Bürger

Im öffentlichen Teil der Sitzung waren bis zu 7 Bürgerinnen und Bürger anwesend.

Verteiler:
30.1.1 E

2.1.) Ersatzbushaltestelle in der Eisenbahnstraße in Grombach

Ein Bürger merkt an, dass eine Ersatzbushaltestelle direkt vor seinem Wohnhaus eingerichtet wurde und dies zu erhöhter Lärmbelästigung führe. Des Weiteren würde viel Müll vor dem Haus herumliegen und ein Parkplatz an der Straße entfallen. Es haben bereits auch schon Fahrgäste ihre Roller direkt vor der Haustür geparkt und er erkundigt sich danach, ob die Bushaltestelle dauerhaft hier eingerichtet werden soll und wer den Gehsteig im Winter räumt.

Stellvertretender Ordnungsamtsleiter Lämmle teilt mit, dass er mit dem Bürger bereits gesprochen habe und der Bus dort halten müsse, da es sich um einen Gelenkbus handelt, welcher nicht auf den Schotterplatz am Bahnhof fahren kann. Es fehle hier an Wendemöglichkeit

und rückwärts fahren darf der Bus nicht. Sobald klar ist, dass die Haltestelle dauerhaft eingerichtet wird ist er davon überzeugt, dass man eine Lösung finden werde. Des Weiteren wurde bereits ein Mülleimer angebracht und wenn Parkplätze auf Privatflächen fehlen, habe man kein Anrecht auf einen Stellplatz auf öffentlichem Grund.

Der Vorsitzende sichert eine Überprüfung zu, ob der Bedarf für ein Gelenkbus wirklich gegeben ist aber er sieht auch keine anderen Optionen die genannten Bedenken zu beheben außer mit einem weiteren Mülleimer.

Verteiler:

-/-

3.) Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und der beschließenden Ausschüsse

Die Schriftführerin gibt in Kurzform die nachfolgenden Beschlüsse aus den nicht öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und der beschließenden Ausschüsse bekannt:

- TA-Sitzung am 18.05.2026
- Gemeinderatssitzung am 21.05.2026
- TA-Sitzung am 15.06.2026
- FVA-Sitzung am 18.06.2026

Die Zusammenstellung der nicht öffentlichen Beschlüsse ist den Beilagen zu diesem Protokoll beigelegt. Eine Aussprache hierüber findet nicht statt.

4.) Sachstandsbericht Polizeiliche Kriminalstatistik und Vorstellung des neuen Revierleiters Eppingen

Der Vorsitzende teilt mit, dass dieser Tagesordnungspunkt in die kommende Sitzung verlagert wird.

Verteiler:

10.2.3 K

5.) Sachstandsbericht zur Digitalisierung der Stadt Bad Rappenau

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Michael Grubbe aus der IuK-Abteilung.

Herr Grubbe stellt anhand einer Präsentation den Sachstandsbericht zur Digitalisierung der Stadt Bad Rappenau vor. Die Präsentation ist den Beilagen zu diesem Protokoll beigelegt und insofern Bestandteil der Niederschrift. Auf den Inhalt der Präsentation wird verwiesen.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass Bad Rappenau bereits sehr gut aufgestellt sei. Die Anwender seien jedoch sehr unterschiedlich, weshalb es manchen leichter und manchen schwerer fällt die Digitalisierung anzunehmen. Leider nehmen die Menschen im Alltag die Digitalisierung nicht so wahr und die Gesellschaft ist allgemein nicht so digitalisierungsfreu-

dig. Vieles sei gebunden an die digitale Ausweisfunktion, welche leider noch nicht so häufig benutzt wird in der Praxis. Die Online-Dienste sollen zukünftig besser vermarktet werden, um langfristig für eine Nutzung von diesen zu sorgen.

Es werden abschließend einige Fragen geklärt und das Gremium nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Verteiler:
10.1.3 E

6.) Kindergartenangelegenheiten **hier: Benutzungsgebühren für die städtischen Kindertageseinrichtungen** **für das Kindergarten- und Schuljahr 2026/2027 und 2027/2028**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 055/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Olivia Braun aus dem Hauptamt.

Frau Braun führt anhand einer Präsentation den Sachverhalt weiter aus. Die Präsentation ist den Beilagen zu diesem Protokoll beigelegt und insofern Bestandteil der Niederschrift. Auf den Inhalt der Präsentation wird verwiesen.

Stellvertretender Rechnungsamtsleiter Behringer führt anhand der o.g. Präsentation den Finanzierungsanteil 2026 für den Betrieb der Kinderbetreuungseinrichtungen aus sowie den Kostendeckungsgrad der Gebühren.

Stadtrat Klaus Ries-Müller gibt für die ÖDP-Fraktion folgende Stellungnahme ab:

„Rund 8,5 Mio. Euro werden aus dem „normalen“ städtischen Haushalt für die Kinderbetreuung zugesprochen. 2016, also vor 10 Jahren lag der Zuschuss noch bei 3,5 Mio. Euro.

Die Kostensteigerungen kamen vor allem durch entsprechende Gesetze und neue Richtlinien von Bund und Land. Vor allem das Land verteilt soziale Wohltaten, lässt aber die Kommunen bei der Finanzierung im Regen stehen.

Das ist nur ein Beispiel von vielen, wie sie am Montag (22.6.26) beim Aktionstag "Kommunen am Limit" thematisiert wurden.

Im Durchschnitt kommen pro Platz und pro Jahr 7600 Euro Zuschuss aus dem städtischen Haushalt.

Für ein Halbtages Kindergartenplatz ist dies deutlich weniger.

Für einen Ganztageskrippenplatz (unter 3 Jahre, GT 10 Stunden, 26/27) liegt dieser Zuschuss aus dem städtischen Haushalt bei über 30 000.- Euro pro Jahr (34660.- bei 61% städtischer Zuschuss). Aus Sicht der städtischen Finanzen ist es also bei weitem nicht so, dass die Stadt mit den Kindergartengebühren sich die Kassen auffüllt.

Die Eltern zahlen dabei 7900.- Euro im Jahr (663.- Euro im Monat), was aus Sicht der Eltern zu viel ist.

Wir von der ÖDP sehen im Verwaltungsvorschlag alles in allem einen akzeptablen Kompromiss und werden diesem zustimmen.“

Stadträtin Gundi Störner gibt für die SPD-Fraktion folgende Stellungnahme ab:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Frei, sehr geehrte Damen und Herren.

wir müssen heute wieder einmal über die Erhöhung der Benutzungsgebühren in den städtischen Kindertageseinrichtungen abstimmen.

Gebührenerhöhungen besonders in diesem Bereich sind für uns Gemeinderäte eines der

unbeliebtesten Themen.

Wir würden gerne den Kindergarten beitragsfrei machen, aber leider geben dies unsere Steuereinnahmen nicht her. Bei einem Blick in den Haushaltsplan zeigt welche Investitionen jährlich getätigt werden müssen – welche Einnahmen und Ausgaben die Kommune hat. Spielräume gibt es nur geringe, das haben auch die diesjährigen Haushaltsberatungen gezeigt und dies wird sich - nach den Prognosen - auch in den kommenden Jahren nicht zum Positiven verändern.

Alle zwei Jahre kommt vom Städte- und Gemeindetag Baden-Württemberg und den Kirchen die Fortschreibung der „Gemeinsamen Empfehlung der Kirchen und der Kommunalen Landesverbände zur Festsetzung der Elternbeiträge“.

Vertreterinnen der kirchlichen Verrechnungsstellen, der freien Träger, die 2. Vorsitzende des Gesamtelternbeirat Bad Rappenau sowie die Vertreter der Fraktionen und die Verwaltung haben sich bereits an der Sitzung der Kiga-Kommission mit den höheren Beiträgen beschäftigt.

Hier hat sich klar gezeigt, dass Verwaltung, Gemeinderat, Kostenträger und besonders der Gesamtelternbeirat an einem Strang ziehen. Die „alten“ Zöpfe aus dem Jahre 2003 müssen neu geflochten werden - sprich der Rahmenvertrag mit der Festlegung des Kostendeckungsgrades von 20% - muss auf Transparenz und Verhältnismäßigkeit überprüft werden. Es ist einfach, die neuen Zahlen in das Standardschreiben einzusetzen und an die Kommunen mit dem Hinweis, dass Kostensteigerungen anteilig auf die Kostenträger verteilt werden, zu verschicken. Erklären muss es die Verwaltung hier vor Ort und entscheiden der Gemeinderat.

Unsere Kämmerin Frau Schulz hat in der Präsentation aufgezeigt, wie sich der Kostendeckungsbeitrag im Kindergartenbereich anhand der Zahlen des städtischen Haushaltes zusammensetzt. Ich möchte Ihnen die Zahlen jetzt nicht noch einmal vortragen.

Ich denke es war anschaulich und verständlich. Mit rd. 8.4 Mio € wurden im Jahr 2023 der Betrieb der Kigas aus allgemeinen Steuereinnahmen wie z.B. Grund- und Gewerbesteuer finanziert. Geld, das uns dann natürlich an anderer Stelle fehlt – und genau dies ist unser Dilemma.

Jetzt kann ich natürlich sagen, das interessiert mich nicht. Mir ist mein eigener Geldbeutel wichtiger. Mit jeder Erhöhung bleibt in meiner privaten Haushaltskasse immer weniger für Anschaffungen, für Investitionen oder Sonderwünsche. Und genau hier kommt unser Dilemma. Als Gemeinderat dürfen nicht nur nach unserem privaten Geldbeutel denken, wir müssen auch den städtischen im Auge behalten.

So wie die Erhöhung der Gebühren im privaten Geldbeutel ein Loch reißt und für Einschränkungen sorgt, hinterlässt die Ablehnung der Erhöhung im städtischen Geldbeutel ebenfalls ein Delta und es kann künftig zu Einschränkungen für alle Bürger kommen –übertrieben dargestellt.

Uns ist bewusst, dass momentan die Kinderzahlen rückläufig sind und manche Betreuungsformen in Zukunft auf Grund der Kosten nicht mehr „nachgefragt“ werden.

Dies bedeutet für uns im Umkehrschluss jedoch nicht, dass Einrichtungen geschlossen werden. Wir haben in Zeiten der hohen Kinderzahlen z.B. Turnräume in Gruppenräume umfunktionierte. Dies wird bei einer geringeren Belegung in einer Einrichtung wieder rückgängig gemacht.

Im Spätherbst bekommen wir wieder die Kindergartenbedarfszahlen vorgelegt. Hier erstellt Frau Braun anhand der Geburtenzahlen einen Ausblick in die kommenden Kindergartenjahre. Dann gilt es die mittelfristigen und langfristigen Planungen diesen Zahlen anzupassen.

Wir- als SPD-Fraktion möchten an dieser Stelle signalisieren, dass wir die Arbeit des Gesamtelternbeirates und auch des Landeselternbeirates voll unterstützen und sind froh und dankbar, dass es mit diesem Gremium ein weiteres Sprachrohr in Richtung Stuttgart gibt. In Rücksprache mit der 2. Vorsitzenden werde ich die Stellungnahme des Gesamtelternbeirates an unsere Landtagsfraktion weiterleiten und kann hierzu nur die anderen Fraktionen ebenfalls auffordern. Nutzt eure Kontakte nach Stuttgart – vielleicht finden wir gemeinsam Gehör.

Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle an die Verantwortlichen im Gesamtelternbeirat.

Doch zurück zu den Erhöhungen - welche Möglichkeiten gibt es für uns als Gemeinderat bei der Umsetzung der Empfehlungen? Hierüber haben wir ausführlich in unserer Fraktionssit-

zung diskutiert. Gibt es überhaupt Spielräume?

Aus unserer Sicht gibt es vier „Umsetzungsmöglichkeiten“ des vorliegenden Beschlussvorschlages:

1. Wir folgen diesen Empfehlungen nicht, alle Eltern freuen sich und applaudieren, die Rechtsaufsicht der Verwaltung droht mit Kürzungen bzw. Ablehnung von Zuschüssen von Maßnahmen wie z.B. Generalsanierung Grundschule Heinsheim oder Anbau Kernzeit Babstadt). Das Delta muss aus anderen Steuertöpfen bezahlt werden.
2. Wir setzen die Empfehlungen 1:1 um. Die Buh-Rufe der Eltern sind uns gewiss.
3. Wir beschließen nur für 1 Jahr, in der Hoffnung der Städte- und Gemeindetag macht seine Hausaufgaben und beschäftigt sich mit der Stellungnahme des Landeselternbeirat Kinderbetreuung und der Landtag von Baden-Württemberg beschließt die im Koalitionsvertrag zugesagte Einführung des beitragsfreien letzten Kindergartenjahres für alle. Wir bekommen das Thema nächstes Jahr auf jeden Fall erneut auf die Tagesordnung – Ausgang offen.
4. Wir handhaben es wie andere Kommunen, fassen einen Vorratsbeschluss, dass künftig die Benutzungsgebühren generell analog den Empfehlungen umgesetzt werden. In diesem Fall müsste sich der Gemeinderat dann nicht mehr mit diesem Thema beschäftigen – es wird ein gewisser Automatismus eingeführt. Es gibt vielleicht dann nur noch eine Elterninfo zu den Erhöhungen. Wir sparen uns die Auseinandersetzungen und die Diskussion.

Wie gehen wir als SPD-Fraktion nun mit dem Beschlussvorschlag um?

Wir müssen unsere Entscheidungen auf der politischen Ebene treffen, immer mit dem Blick auf die Gesamtstadt mit all ihren Einrichtungen wie z.B. Kindertageseinrichtungen, Schulen, Feuerwehr, Vereine und noch vielem mehr, mit Blick auf die Finanzen und mit Blick auf die vielfältigen kommunalen Aufgaben.

Mit diesem Blickwinkel werden wir mehrheitlich dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Frau Schulz für die Aufarbeitung der Zahlen bedanken. Ein herzliches Dankeschön geht auch an Frau Braun, die den Kindergartenbereich in der Verwaltung verantwortet. Ein besonderer Dank schon heute für die Durchführung der Info-Veranstaltung mit den Elternbeiratsvorsitzenden unserer Kindertageseinrichtungen aus dem ganzen Stadtgebiet.“

Stadträtin Nadine Hofmann gibt folgende Stellungnahme ab:

„Sehr geehrte Damen und Herren,
die Erhöhung der Kindergartenbeiträge ist ein Thema, das viele Familien in unserer Gemeinde unmittelbar betrifft. Ich spreche heute nicht nur als Gemeinderätin, sondern auch als Mutter und selbst als Beitragszahlerin.

Für viele Familien bedeuten die steigenden Gebühren eine spürbare zusätzliche Belastung. Teilweise sind die Erhöhungen so hoch, dass sich Eltern ernsthaft fragen müssen, wie sie diese Kosten künftig noch stemmen sollen. Diese Sorgen sollten wir ernst nehmen.

Gleichzeitig sehe ich als Kommunalpolitikerin die andere Seite. Auch die Kosten für unsere Kommune steigen kontinuierlich. Die Ausgaben für Personal, Energie und den Betrieb unserer Kindergärten nehmen Jahr für Jahr zu. Die finanziellen Spielräume der Gemeinden werden dabei immer enger.

Deshalb sollten wir nicht gegeneinander argumentieren, sondern anerkennen: Eltern und Kommunen sitzen im selben Boot. Weder die Familien noch die Gemeinden haben diese Entwicklung verursacht, beide tragen jedoch die Folgen.

Umso wichtiger ist es, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen und dieses Thema dort platzieren, wo die entscheidenden Weichen gestellt werden – auf Landesebene. Gute und

bezahlbare Kinderbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht allein auf den Schultern von Familien und Kommunen lasten.

Deshalb meine Bitte an alle Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat: Tragt dieses Anliegen auch in eure jeweiligen Parteien und politischen Ebenen weiter. Nur gemeinsam können wir den Druck erhöhen und auf nachhaltige Lösungen hinwirken.

Wir als Eltern werden unseren Teil weiterhin leisten. Durch die von uns gegründeten Elternvertretungen werden wir das Thema auch künftig ansprechen, auf Missstände aufmerksam machen und uns für bezahlbare Kinderbetreuung einsetzen. Umso wichtiger ist es, dass auch die politische Seite ihre Möglichkeiten nutzt und das Anliegen auf Landesebene mit Nachdruck vorträgt.

Denn nur wenn wir Eltern, Kommunen und Politik gemeinsam an einem Strang ziehen, werden wir langfristig tragfähige Lösungen erreichen.

Vielen Dank.“

Stadtrat Uwe Basler gibt für die FW-Fraktion folgende Stellungnahme ab:

„Wir Freien Wähler sehen die finanzielle Herausforderung bei den Kindergartengebühren sehr klar.

Die Kosten steigen - durch Tarifabschlüsse, höhere Betriebskosten und wachsende Anforderungen.

Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass viele Familien finanziell längst an ihre Grenzen kommen.

Hinzu kommt: Die Stadt hat in den vergangenen Jahren viel in die Kinderbetreuung investiert - in Bonfeld, in Fürfeld und aktuell mit St. Raphael in der Kernstadt. Das sind notwendige, aber eben auch teure Investitionen.

Deshalb sagen wir klar: Die Frage der Kindergartengebühren darf nicht isoliert betrachtet werden.

Elternbeiträge sind nur ein Teil der Finanzierung. Genauso gehören Landes- und Bundesmittel, der kommunale Eigenanteil, die reale Kostenentwicklung und vor allem die Belastbarkeit der Familien auf den Tisch.

Klar ist für uns auch: Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt nicht allein bei den Kommunen.

Das Land macht Vorgaben, setzt Standards und erwartet eine verlässliche Kinderbetreuung. Dann muss es sich aber auch in angemessener Weise an den tatsächlichen Kosten beteiligen. Wer Standards bestellt, muss auch ihre Finanzierung sichern.

Wir stimmen der Erhöhung heute trotzdem zu - und zwar mit deutlichen Bauchschmerzen. Nicht, weil wir Sie für richtig halten, sondern weil die Stadt unter dem Druck der Haushaltslage und der Kommunalaufsicht ihren Konsolidierungswillen nachweisen muss.

Unsere Zustimmung ist deshalb mit einer klaren Erwartung verbunden: Wenn beiden Eltern höhere Beiträge verlangt werden, dann muss auch auf der Ausgabenseite mit derselben Konsequenz geprüft werden. Wir erwarten im kommenden Haushalt konkrete Einsparvorschläge bei freiwilligen, repräsentativen und nicht zwingend notwendigen Ausgaben.

Eines ist uns dabei wichtig: Es geht ausdrücklich nicht um Pflichtaufgaben und nicht um Abstriche bei der Qualität der Kinderbetreuung. Es geht darum, bei Standards, Gutachten, Verwaltungskosten und freiwilligen Leistungen genau hinzuschauen und verantwortungsvoll mit jedem Euro umzugehen.

Unser Ziel ist eine sachliche, verlässliche und sozial ausgewogene Lösung, die die Familien im Blick behält und zugleich der finanziellen Lage der Stadt gerecht wird.“

Stadträtin Chantal Kühne gibt für die CDU-Fraktion folgende Stellungnahme ab:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, liebe Zuhörer auf den Rängen,

die heutige Beratung über die Erhöhung der Elternbeiträge für unsere Kindertageseinrichtungen

gen gehört sicherlich nicht zu den angenehmen Themen, die wir als Gemeinderat zu entscheiden haben. Uns in der CDU-Fraktion ist bewusst, dass jede Erhöhung für die betroffenen Familien eine zusätzliche finanzielle Belastung darstellt. Deshalb nehmen wir die Kritik und die Sorgen, die unter anderem im Elternbrief zum Ausdruck gebracht wurden, ernst.

Viele der dort angesprochenen Punkte sind nachvollziehbar. Sie zeigen aber zugleich die grundlegenden Herausforderungen auf, vor denen die kommunale Kinderbetreuung mittlerweile steht. Die Kosten für den Betrieb unserer Kindertageseinrichtungen steigen seit Jahren deutlich an – wie dargestellt unter anderem durch höhere Personalaufwendungen, steigende Sachkosten, gesetzliche Anforderungen sowie notwendige Investitionen in Qualität und Infrastruktur.

Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Kommunen diese Entwicklung nicht allein zu verantworten haben. Auch Bund und insbesondere das Land Baden-Württemberg tragen Verantwortung für die finanzielle Ausstattung der Kinderbetreuung. Die Erwartungen an die Qualität und den Umfang der Betreuungsangebote steigen stetig, die finanzielle Unterstützung hält damit jedoch vielfach nicht Schritt. Diese Schieflage belastet die kommunalen Haushalte zunehmend, so auch unseren.

Besonders wichtig ist auch zu wissen, dass die Stadt in den vergangenen Jahren erhebliche Investitionen in die Kinderbetreuung und die dazugehörige Infrastruktur vorgenommen hat. So wurden beispielsweise die neue Kita Ärztehaus in Fürfeld geschaffen, der Ausbau der Räumlichkeiten der Schulkindbetreuung in Bad Rappenau sowie zahlreiche weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungsangebote umgesetzt. Im nachfolgenden Tagesordnungspunkt werden wir zudem voraussichtlich weitere Investitionen für zusätzliche Personalräume in der Kita in Babstadt beschließen. Wir haben diese Investitionen bewusst getragen, weil sie notwendig sind und weil wir davon überzeugt sind, dass eine gute Kinderbetreuung eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben unserer Stadt ist. Die vielen Investitionen der vergangenen Jahre zeigen deutlich, dass die Stadt und der Gemeinderat auch bereit sind, hierfür finanzielle Mittel bereitzustellen.

Die CDU-Fraktion ist sich bewusst, dass die heutige Entscheidung vielen Eltern schwer vermittelbar erscheinen wird.

Wir stimmen der vorgeschlagenen Anpassung der Kita-Gebühren zu.

Vielen Dank.“

Stadtrat Robin Müller gibt für die Grünen Fraktion eine kurze Stellungnahme ab und erwähnt in dieser, dass seine Fraktion schon häufiger den Antrag auf Verzicht der Erhöhung gestellt hat, auch wenn dieser bisher immer abgelehnt wurde. Er rechnet kurz vor, dass die Stadtverwaltung auch ohne die Gebühr zu Recht kommen würde und man größere Probleme als die Kosten hätte. Man bräuchte mehr Kinder aufgrund der Alterspyramide und die steigenden Betreuungskosten seien hier ein Hindernis. Er beantragt anschließend im Rahmen der Geschäftsordnung im Namen der Grünen Fraktion, dass die Gebührenerhöhung um 1,5% weniger erhöht wird und die Stadtverwaltung somit die Differenz zur Empfehlung übernimmt.

Der Vorsitzende teilt sein Verständnis für die Worte von Stadtrat Müller mit und beleuchtet aber auch im Gegenzug, dass alle arbeitende Menschen mit höheren Kostensteigerungen zu kämpfen haben sowie mit Steuererhöhungen usw., welche nur verschlimmert werden, wenn das Gebührengelage nicht angepasst wird. Er könne beide Sichtweisen verstehen und teilt mit, dass es auf beiden Seiten Verlierer gibt und es niemandem Freude macht die Gebühren zu erhöhen, es jedoch notwendig sei um die steigenden Kosten tragen zu können.

Anschließend wird über den Antrag der Grünen Fraktion, die Gebührenerhöhungen um 1,5% zu reduzieren, wie folgt abgestimmt:

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	26
Enthaltungen:	2

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Es ergeht daraufhin folgender Beschluss

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Benutzungsgebühren für die städtischen Tageseinrichtungen für Kinder für das Kindergarten- und Schuljahr 2026/2027 und 2027/2028 gemäß Anlage 3.

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	0

Mehrheitlich beschlossen.

Verteiler:
40.1.1 E

**7.) Kindergarten Babstadt - Anbau eines Personalraums
hier: Maßnahmenbeschluss**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 051/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erklärt den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Nach Klärung weniger Sach- und Verständnisfragen, ergeht folgender

Beschluss:

- 1.) Der Gemeinderat stimmt dem Anbau eines Personalraumes an den Kindergarten Babstadt zu.
- 2.) Der Gemeinderat stimmt der Vergabe von Bau- und Planungsleistungen zu.

Einstimmig beschlossen.

Verteiler:
40.1.1 E

**8.) Umrüstung der städtischen Gebäude in Grombach auf Fernwärme inkl. Abschluss der Fernwärmelieferverträge verbunden mit dem Rückbau der vorhandenen Ölheizungen
hier: Maßnahmenbeschluss**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 052/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Stadtrat Klaus Ries-Müller gibt für die ÖDP-Fraktion folgende Stellungnahme ab:

„Es gibt selten Vorlagen die – wie hier - auf allen Seiten Vorteile bieten. Der Anschluss der

Gebäude sorgt für eine sichere und ökologische Energieversorgung, für eine zusätzliche regionale Wertschöpfung und für weniger Betreuungsaufwand bei der Stadtverwaltung. Wir von der ÖDP stimmen natürlich zu.“

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Umrüstung der alten Gas- bzw. Ölheizungen in der Grundschule und dem Bürgerbüro auf Fernwärme, mit geschätzten Gesamtkosten in Höhe von 220.000,00 € zu.
2. Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss der Fernwärmelieferverträge mit der Firma Hemmer Bio-Energie für die Grundschule und das Bürgerbüro / Bürgerzentrum Grombach zu.
3. Der Gemeinderat stimmt der Umstellung des neu erworbenen ehemaligen Volksbank-Gebäudes in der Ortsstraße 78, sowie der Bereitstellung der erforderlichen HH-Mittel, in Höhe von 80.000 €, im HH 2027 und dem Abschluss eines Fernwärmeliefervertrages zu.

Einstimmig beschlossen.

Verteiler:
14.1 K

9.) Prüfung der Bauausgaben der Stadt Bad Rappenau in den Jahren 2019 – 2023 durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg hier: Unterrichtung des Gemeinderates nach § 114 Abs. 4 Satz 2 der Gemeindeordnung

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 049/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt nach § 114 Abs. 4 Satz 2 der Gemeindeordnung Kenntnis von den wesentlichen Ergebnissen des GPA-Prüfungsberichtes vom 10.04.2026.

Kenntnisnahme.

Verteiler:
40.4.1 E
40.3.1 K

**10.) Bebauungsplan für „AGRI-PV im Stützen" in Bad Rappenau Bonfeld
1. Zustimmung zur Abwägung der Stellungnahmen aus dem Offenlegungsverfahren und**

2. Zustimmung zum Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landratsamt Heilbronn
3. Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag
4. Satzungsbeschluss

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 053/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt anhand der Vorlage und stellt den Abwägungsvorschlag vor.

Stadtrat Klaus Ries-Müller gibt für die ÖDP-Fraktion folgende kurze Stellungnahme ab:
„Auch die Agri-PV-Anlage sorgt für eine sichere und ökologische Energieversorgung und für eine zusätzliche regionale Wertschöpfung. Was hier allerdings noch fehlt, wäre eine Biogas Anlage für eine passende Wärmeversorgung von Bonfeld.“

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander, dem städtebaulichen Vertrag und dem Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags mit dem Landratsamt Heilbronn zuzustimmen und den Bebauungsplan „**AGRI-PV im Stützen“ in Bad Rappenau Bonfeld** sowie die für diesen Bereich geltenden örtlichen Bauvorschriften nach §10 des BauGB und (Bundesgesetzblatt I S. 3634) in den derzeit gültigen Fassungen in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden Württemberg und § 74 der Landesbauordnung für Baden Württemberg als Satzung beschließen. Der Satzungstext lautet wie folgt:

§1

Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes ergibt sich aus dem zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes.

§2

Bestandteil dieser Satzung

Der Bebauungsplan besteht aus:

1. Lageplan mit zeichnerischem vom 21.05.2026
Und den textlichen Festsetzungen vom 21.05.2026
sowie den Örtlichen Bauvorschriften vom 21.05.2026
2. Grünordnungsplan vom 21.05.2026
3. Begründung vom 21.05.2026 mit Umweltbericht vom 21.05.2026
4. Der städtebauliche Vertrag liegt den Bebauungsplanunterlagen bei.

§3

In Kraft treten

Dieser Bebauungsplan tritt mit seiner ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft (§10 Abs.3 BauGB).

Einstimmig beschlossen.

Verteiler:
40.4.1 E
40.3.1 K

11.) FNP 2013/2014 - 6. Änderung „im Stützen“ in Bonfeld

- 1. Abwägung der Stellungnahmen aus der Offenlage**
- 2. Zustimmung zum Feststellungsbeschluss der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes 2013/2014**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 054/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage und stellt den Abwägungsvorschlag vor.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht daraufhin folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt wie folgt,

1. der **Abwägung der Stellungnahmen aus der Offenlage** zuzustimmen.
2. **für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes 2013/2014** nach der Abwägung dem **Feststellungsbeschluss** zuzustimmen.

Einstimmig beschlossen.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben:

Der Vorsitzende:

Schriftführer/in:

Protokollpersonen:

Verfügung:

1. Die am Rand bezeichneten Stellen erhalten Auszüge aus dem Protokoll
2. Ablichtung des Protokolls für den Oberbürgermeister
3. An die Stelle 0 mit der Bitte, die erforderlichen Unterschriften einzuholen
4. Anschließend zu den Akten bei Stelle 0

Frei
Oberbürgermeister